

Rede von Mark Ellmann für die GEW München auf der ver.di-Demo am 12.10.2024 in München: Militarisierung im Bildungsbereich, mangelnde Bildungsfinanzierung und gegen den Rechtsruck

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
unser heutiger Protest findet nicht im luftleeren Raum statt, sondern unter den Bedingungen der Zeitenwende-Politik der Bundesregierung und eskalierender Kriege in der ganzen Welt.

Es wäre falsch dazu nichts zu sagen. Mit Entsetzen und Trauer sehen wir täglich neuen Horror aus den Kriegsgebieten in der ganzen Welt. Die Eskalation des Ukraine-Kriegs und in Russland, sowie die Ausweitung des Kriegs in Israel und Palästina auf den Libanon, auf Syrien und den Iran drohen in einen militärischen Flächenbrand umzuschlagen. Wir stellen uns gegen diese Kriege, unter denen vor allem einfache Menschen leiden! Das Leben unter Krieg und Besatzung ist mit Verhaftungen, Verletzungen, Folter, Verschleppungen und Tod verbunden. Ein Recht auf Arbeit oder auf Bildung oder gar die Schutzrechte der UN-Kinderrechtskonvention, sind unter solchen Bedingungen nicht umsetzbar.

Militär und Krieg sind zentraler Faktor der Zerstörung von Umwelt und Lebensbedingungen und damit die größten Fluchtursache. Mit jedem Tag weiterem Krieg wächst die Gefahr der Ausweitung der Kampfhandlungen – das gilt für den Nahen Osten wie auch für die Ukraine und Russland. Der Welt droht immer mehr ein neuer großer Krieg. Der Schatten eines Atomkrieges liegt über Europa.

Deswegen ist unser Bemühen um zivile Konfliktlösung heute wichtiger denn je. Sie ist unsere friedensbewegte, zivilgesellschaftliche Antwort auf Waffenlieferungen und Raketenstationierungen.

Wir fordern „Rüstung runter!“, denn Deutschland produziert und verkauft Kriegsgerät.

In Sorge um den Nahen Osten fordern wir dagegen die humanitäre Katastrophe, den Krieg zu beenden. Das geht nur bei Einhaltung des Völkerrechts! Weitere Siedlungen und der Beschuss von UN-Friedenstruppen stehen dem entgegen. Als GEW setzten wir uns für eine Zweistaatenlösung ein, nur sie bietet eine Perspektive auf Frieden. Und natürlich treten wir dafür ein, dass Bildungseinrichtungen nicht für militärische Zwecke

missbraucht werden. Als Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft fordern wir einen umgehenden, dauerhaften Waffenstillstand und Zugang zu humanitärer Hilfe für die Menschen in Gaza. Unsere Gedanken sind bei den Opfern, den Verschleppten und Getöteten, den zehntausenden Toten und unseren kriegsmüden Kolleg:innen, die für Frieden eintreten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

als Gewerkschaften verstehen wir uns als aktiver Teil der Friedens- und antimilitaristischen Bewegung. Mit unserer heutigen Kundgebung setzen wir uns für internationale und soziale Sicherheit ein.

Wir wissen, dass unsere Bemühungen darum nicht einfach sind und auch nicht frei von Widersprüchen. Das mühsame Eintreten für friedliche Konfliktlösungen erfordert von uns Konsequenz in unseren friedenspolitischen Forderungen – auch wenn der politische Gegenwind lauter ist.

Dafür wirbt der Aufruf „Gewerkschaften gegen Krieg und Aufrüstung“, den wir als GEW München gemeinsam unterschrieben haben. 6.000 Unterschriften wurden bereits gesammelt für den Aufruf, in dem es heißt: „Die Gewerkschaften müssen sich unüberhörbar für Friedensfähigkeit statt ‚Kriegstüchtigkeit‘ einsetzen, für Abrüstung und Rüstungskontrolle, Verhandlungen und friedliche Konfliktlösungen. Für Geld für Soziales und Bildung statt für Waffen. Das ergibt sich aus ihrer Tradition und ihren Beschlüssen“ – Der Aufruf kann am GEW-Stand unterschrieben werden, wir sammeln weiter!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

schon lange vor der von der Bundesregierung verkündetem „Zeitenwende“ haben wir gefordert, uns von der NATO-Aufrüstungsvorgabe zu lösen, ebenso lehnen wir das 100-Mrd-Paket für's Militär ab!

Diese Mittel sind vielmehr für dringend benötigte Zukunftsinvestitionen, wie Bildung, einzusetzen.

Hier fehlen hunderte Milliarden und im zweiten Jahr der „Zeitenwende“ in der Politik der Bundesregierung appellieren wir weiterhin an die Abgeordneten des Deutschen Bundestags: Lasst die Länder und Kommunen bei der Verwirklichung des Rechts auf Soziales und gute Bildung für alle nicht allein.

Es braucht deutlich mehr Geld, damit diese essentiellen Aufgaben für die

Gesellschaft wieder erfüllt werden können. Und wir wissen: Geld ist genug da. Wir wissen auch: Es gäbe noch mehr zu holen!

Als Gewerkschaft fordern wir die finanziellen Einnahmen der öffentlichen Hand zu verbessern, indem wir die Steuerpolitik reformieren, einkommensschwache Schichten entlasten und einkommensstarke in ihre gesellschaftliche Pflicht nehmen. Dazu gehört die Wiedereinführung der Vermögensteuer – das heißt Superreiche zur Kasse. Es muss Schluss sein mit dem Investitionsverbot Schuldenbremse!

Denn es fehlen zig Milliarden in den Bildungseinrichtungen. Unsere Gesellschaft erlebt aktuell eine der schwersten Bildungskrisen. Es braucht eine Bildungswende, denn ein enormer und sich vergrößernder Mangel an Fachkräften trifft auf ein veraltetes, unterfinanziertes und segregiertes Bildungssystem, welches sozial ungerecht ist.

50.000 Schüler*innen verlassen jährlich die Schule ohne Abschluss. Kinder und Jugendliche werden viel zu oft nicht ausreichend auf die Zukunft vorbereitet, notwendige Aufgaben wie Digitalisierung und Inklusion wurden viel zu lange verschlafen. Die Arbeitsbedingungen in den Bildungsberufen sind unattraktiv und auch die Bezahlung, beispielsweise für Erzieherinnen und Erzieher, muss gut werden.

Die Unterfinanzierung des Bildungsbereichs ist nicht etwa ein schlimmes Übel angesichts neuer weltpolitischer Herausforderungen, wie es uns die Zeitenwende-Apologe:innen glauben machen wollen.

Die Unterfinanzierung von Bildung und Sozialem ist weit älter als die jüngsten Kriege und vielmehr ein widerkehrendes, weil immanentes Ergebnis neoliberaler Wirtschaftspolitik. Sie kürzt den Staatsanteil herunter und stimuliert damit die Privatisierung. Sie fördert damit sich verschlechternder Lehr- und Lernbedingungen. Die Zunahme von sogenannten Public-Private-Partnerships oder von Konzernen herausgegebene Unterrichtsmaterialien und der steigende Anteil an Privatschulen sind Beispiele.

Als Bildungsgewerkschaft GEW fordern wir eine drastische Erhöhung der Bildungsausgaben, mindestens ein Sofortprogramm über hunderte Milliarden und eine bedarfsgerechte und flexible Ausfinanzierung des Bildungssystems über alle Lebensphasen hinweg.

Wir fordern Personalaufstockung und -qualifizierung in allen Bildungs-

bereichen, besonders in Kitas und Schulen sowie strukturelle Veränderungen im Bildungssystem. Das heißt für uns eine Abkehr von der frühen Aufteilung der Schülerinnen und Schüler in verschiedene Schulformen, die Einführung von Mindeststandards, wie eine kontinuierliche Leseförderung und Sprachentwicklung über die Grundschule hinaus, das heißt unseren humanistischen Anspruch nach Bildung für alle zu verwirklichen.

Nur so gehen wir nachhaltig gegen soziale Ungleichheit in unserer Gesellschaft vor

Wir treten für eine Politik ein, die eine Verbesserung der Chancengleichheit von der Kita bis zur Weiterbildung darstellt und damit endlich Schluss macht mit der Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft.

Doch wir stellen uns nicht nur gegen diese Zeitenwendepolitik von Sozialkürzungen und Hochrüstung und fordern „Soziales rauf – Rüstung runter“, weil das Geld bei uns fehlt – nein, wir stellen uns auch dagegen, weil diese Politik nicht in Einklang zu bringen ist mit unseren gesellschaftlichen Werten.

Denn, Kolleginnen und Kollegen, um nur ein Beispiel zu nennen: Grassierende Kinderarmut mitsamt dem Nein zur Kindergrundsicherung sowie eklatante qualitative Missstände in der frühkindlichen Bildung sind einem Sozialstaat einer Industrienation wie Deutschland nicht würdig!

Aber wir stellen uns auch gegen den Zeitenwende-Wind, der uns heftig entgegenbläst, weil diese Politik auch mit unseren gewerkschaftlichen Grundüberzeugungen nicht vereinbar ist.

Ein Beispiel: Seit August gilt bei uns ein Bundeswehr-Gesetz, welches massiv in die Universitäten und Schulen eingreift und militärische Kooperation vorschreibt. Mit Demonstrationen, Petitionen und Stellungnahmen haben wir uns als Bildungsgewerkschaft zusammen mit der Deutschen Friedensgesellschaft, also der DFG-VK Bayern, mit Angehörigen von Hochschulen, wie der ver.di-Betriebsgruppe an der TUM, mit verschiedensten studentischen Fachschaften in unterschiedlichen Städten bis hin zum Bayerischen Landesstudierendenrat und anderen eindeutig gegen dieses Gesetz ausgesprochen.

Doch die CSU-Freie-Wähler-Mehrheit im Landtag hat es mit den Stimmen der SPD-Fraktion trotzdem beschlossen – womit unsere verfassungsrechtlichen Bedenken aber noch lange nicht vom Tisch sind.

Diese reichen von der Verletzung der Hochschulfreiheit und der Gewissensfreiheit des Einzelnen bis hin zur de-facto-Werbung der Bundeswehr bei minderjährigen Schüler:innen – deren Anteil unter neuen Rekruten letztes Jahr 13,9 % ausmachte und von denen ein Viertel in Bayern geworben wurde.

Wir wissen, dass das erste Opfer in Kriegssituationen die Wahrheit ist. Deshalb brauchen wir in den Bildungseinrichtungen verstärkt politische Bildung – das geht aber weder mit Söders „Verfassungsviertelstunde“, noch, indem statt Lehrkräften nun „Jugendoffiziere“ im Unterricht eingesetzt werden.

Aus diesen Gründen – und da kann uns die Staatskanzlei noch so oft „ideologische Verblendung“ vorwerfen – werden wir im Dezember Popularklage gegen dieses Gesetz beim Bayerischen Verfassungsgerichtshof einreichen. Wer Interesse hat, die Klage wegen Verstoß gegen die Bayerische Verfassung mit Spenden oder als Mit-Kläger:in zu unterstützen, kann sich dazu an unserem Pavillon informieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir erleben einen immer unmündigeren Umgang mit Kriegspropaganda. Sie ist Ausdruck der Militarisierung und Verrohung großer Teile der Gesellschaft mitsamt Ausgrenzung politisch Andersdenkender sowie massiv steigendem Hass und Hetze, wie Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus.

Es ist die auf Spaltung ausgelegte neoliberale Politik, die den Nährboden für den Rechtsruck mitsamt dem Aufstieg der AfD mit ihrem faschistischen Flügel bietet. Der Bruch mit Grundwerten wie Solidarität durch die Abschaffung des Asyl-Rechts durch die Bundesregierung von SPD, Grünen und FDP, getrieben von CDU und CSU, die schon neue „Obergrenzen“ fordern, sorgt für Hetze statt für Lösungen.

Als Gewerkschafts- und Friedensbewegung müssen wir uns dem Rechtsruck entgegenstellen, weil uns das niemand anders abnehmen wird

– Toll, dass wir heute so viele sind, lasst uns noch mehr werden!